



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 27.03.2026

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 30. März 2026

Fokusthemen: Volkswirtschaft und Gesundheit

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Wahl zweier neuer Ersatzmitglieder des Verwaltungsgerichts und der Schlussabstimmung über eine Änderung des Polizeigesetzes ausführlich über einen Gegenvorschlag zur «Flughafen Nachtruhe-Initiative» diskutieren. Nach einer Änderung des PBG und der Abschreibung zweier Postulate wird der Rat schliesslich darüber streiten, ob das Recht auf Wohnen in die Verfassung gehört. Die Nachmittagssitzung beginnt mit der zweiten Lesung zur Selbstbestimmungs-Initiative. Anschliessend wird der Rat die Detailberatung zur Schaffung einer neuen Triagestelle für Beschwerden im Gesundheitswesen führen, zwei unumstrittene Richterwahlen vornehmen und bis zum Schluss Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

Zeitgemässe Mittel für die Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu Änderungen im Polizeigesetz zu erwarten. In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage entschieden werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung verschiedene Änderungen in Bezug auf die Datenbearbeitung beschlossen ([5977](#)). Mit den Änderungen werden Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch unter den Polizeikörpern und mit Partnerorganisationen geschaffen. Neu soll die Polizei unter anderem in geschlossenen Internet-Foren ermitteln und KI einsetzen können.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

«Flughafen Nachtruhe-Initiative» soll abgelehnt werden

Die siebenstündige Nachtflugsperrung, auf die der Staat gemäss dem heutigen kantonalen Flughafengesetz hinwirken muss, wird aus Sicht der Initianten der «Flughafen Nachtruhe-Initiative» vom Flughafen Zürich konstant missachtet. Ziel der Volksinitiative ist es, die Lärmbelastung nach 23:00 Uhr deutlich zu reduzieren. Dazu möchten die Initianten mit einer Anpassung des Flughafengesetzes den Kanton Zürich bzw. den Regierungsrat stärker in die Pflicht nehmen. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt einstimmig, die Volksinitiative abzulehnen ([5996](#)). Ein Teil der Kommission zweifelt an der Umsetzbarkeit diverser Regelungen, ein anderer ist mit deren Inhalt grundsätzlich nicht einverstanden. Das Anliegen der Initianten stiess in der KEVU allerdings grundsätzlich auf offene Ohren. Mit 9 zu 6 Stimmen unterstützt die Kommission einen Gegenvorschlag, um dem Lärmschutz in der Nacht mehr Gewicht zu verleihen. Der Regierungsrat soll künftig einen ausgeprägteren Fokus auf den Lärmschutz legen und verstärkt auf die Einhaltung der bundesrechtlichen Nachtflugordnung hinwirken. Dabei zielt der Gegenvorschlag vor allem auf die verspäteten Flüge, die in der Zeit zwischen 23:00 und 23:30 bewilligungsfrei abgewickelt werden. Die Zahl der Flugbewegungen in dieser letzten halben Stunde soll gesenkt werden, nicht zuletzt mit progressiv steigenden Lärmgebühren, die eine Lenkungswirkung entfalten sollen. Damit sollen Starts in der letzten halben Stunde schon aus wirtschaftlichen Gründen vermieden werden. Stärker in die Pflicht genommen werden soll auch der Flughafen. Er müsste künftig zeitnah über die Gründe für die Nichteinhaltung der Nachtflugordnung informieren. Zudem soll der Regierungsrat dem Kantonsrat künftig jährlich nicht nur über die Veränderung der Anzahl der vom Fluglärm gestörten Personen, sondern neu auch über die Einhaltung der Nachtflugordnung Bericht erstatten. Während SP, Grüne und GLP mit verschiedenen Minderheitsanträgen weitere Verschärfungen fordern, beantragt eine Minderheit aus SVP und FDP den Gegenvorschlag

abzulehnen, um die Hub-Funktion des Flughafens nicht zu gefährden. Einen Antrag, die Volksinitiative für ungültig zu erklären, hat die KEVU mit 13 zu 2 Stimmen abgelehnt. Der Regierungsrat hatte die Volksinitiative gemäss dem Grundsatz «im Zweifel für das Volk» («in dubio pro populo») für gültig erklärt, obwohl sie nur mit einer grosszügigen Auslegung mit dem Bundesrecht vereinbar sei.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheiten:

Ueli Bamert (SVP, Zürich), 079 742 60 21

Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Sonja Rueff (FDP, Zürich), 076 488 28 55

David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

Baulinien sollen neu geregelt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, das Planungs- und Baugesetz (PBG) betreffend «Baulinien» zu ändern ([6000](#)). Die Kommissionsmehrheit unterstützt den Antrag des Regierungsrates, der die zulässigen Masse von vorspringenden Gebäudeteilen im Baulinienbereich von der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) auf die Gesetzesstufe überführen und neu regeln will. Sie würdigte die Vorlage, die solche vorspringenden Gebäudeteile auf bis zur Hälfte der Fassadenlänge zulässt, aber das Erdgeschoss davon ausnimmt, als guten Kompromiss zwischen den Bedürfnissen von Bauträgerschaften und der Wahrung strassenräumlicher Qualitäten. Die Kommissionsminderheit (SP, Grüne) fordert, nicht auf die Vorlage einzutreten oder (falls auf die Vorlage eingetreten wird), dass hervorspringende Gebäudeteile im Interesse des öffentlichen Raumes höchstens auf einem Drittel der Fassadenlänge erlaubt sein sollen, und möchte den Gemeinden die Möglichkeit abweichender Regelungen einräumen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22

Postulate zu ÖV-Themen sollen abgeschrieben werden

Unumstritten wird die Abschreibung von zwei Postulaten sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Mitte, SVP, SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Schienengebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon» ([KR-Nr. 35/2023](#)) und das Postulat von SVP, SP, GLP und Grünen betreffend «Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur» ([KR-Nr. 473/2022](#)) als erledigt abzuschreiben. Mit dem ersten Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen zu prüfen, wie eine Verbindung über den Schienenverkehr im erwähnten Gebiet in das Agglomerationsprogramm des Bundes aufgenommen werden kann. Mit dem zweiten Postulat wurde die Regierung aufgefordert zu prüfen, wie der ZVV die Linienführung im Bereich Wülflingen Nord anpassen kann.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Recht auf Wohnen soll nicht in die Kantonsverfassung

Umstritten war in der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) die parlamentarische Initiative (PI) betreffend «Das Recht auf Wohnen gehört in die Verfassung» von Kantonsrätin Silvia Rigoni (Grüne). Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 340/2023](#)). Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Umsetzung der PI die Wohnraumsituation nicht verbessern würde. Um das Angebot an Wohnraum zu erhöhen, plädiert sie für marktorientierte Lösungen, den Abbau von bürokratischen Hindernissen und die stärkere Nutzung bestehender Instrumente wie der Wohnbauförderung. Eine Kommissionsminderheit sieht in einer Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Kantonsverfassung einen wichtigen Schritt, den Staat

stärker in die Verantwortung zu nehmen und für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, und beantragt, der PI zuzustimmen.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Minderheit: Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Schlussabstimmung über Volksinitiative zur Selbstbestimmung am Lebensende

Nicht so kurz wie üblich dürfte die zweite Lesung zur Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende in Alters- und Pflegeheimen» dauern, weil bei Volksinitiativen der Rat in der ersten Lesung lediglich über allfällige Gegenvorschläge diskutiert und die Volksinitiative erst in der zweiten Lesung dem obsiegenden Gegenvorschlag gegenüberstellt. In Bezug auf die zu Beginn der Nachmittagssitzung traktandierte Volksinitiative, hat sich der Kantonsrat von den drei in der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Gegenvorschlägen für den Gegenvorschlag von SP, GLP, Grünen, Mitte und AL entschieden. Mit diesem wird gefordert, dass der assistierte Suizid auch in Spitälern möglich sein soll. Nun muss der Rat darüber befinden, ob er dem Stimmvolk, das definitiv über das Volksbegehren entscheiden wird, die Initiative und/oder den Gegenvorschlag zur Annahme oder Ablehnung beantragen wird. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die Volksinitiative abzulehnen ([6009](#)). Private Institutionen sollen nicht gegen ihre Überzeugung assistierte Suizidhilfe zulassen müssen. Eine Minderheit aus Grünen, SP und AL unterstützt die Initiative. In Spitälern und in psychiatrischen Einrichtungen gehörten das Sterben und der Wunsch nach einem assistierten Suizid dazu. Im Kanton Zürich können seit Juli 2023 alle Bewohnerinnen und Bewohner eines staatlichen Alters- oder Pflegeheims Sterbehilfe in Anspruch nehmen. Die Initianten der kantonalen Volksinitiative wollen diese Regelung auf private Alters- und Pflegeheime, Spitäler und Psychiatrien ausweiten.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit pro Initiative: Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Minderheit contra Initiative und Gegenvorschlag: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Neue Triagestelle für Beschwerden im Gesundheitswesen

Für die Mitarbeitenden aller Listenspitäler im Kanton Zürich soll eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet werden. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen eine Änderung im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz anzunehmen, die das möglich macht ([5986](#)). Nachdem der Kantonsrat Anfang Februar mit 121 zu 46 Stimmen auf die Vorlage eingetreten ist, steht am Montag die Detailberatung an. Wenn es um die Überprüfung betrieblicher Angelegenheiten geht, welche Auswirkungen auf die Patientensicherheit haben könnten, soll die kantonale Ombudsstelle neu als unabhängige Beschwerdestelle für Mitarbeitende eines Listenspitals dienen. Die Ombudsperson ist bereits heute Ansprechperson für die Mitarbeitenden der vier kantonalen Spitäler. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung würde diese Zuständigkeit auf die Mitarbeitenden aller Listenspitäler des Kantons Zürich ausgeweitet. Für Personen, die nicht wissen, wohin sie sich bei Beschwerden im Gesundheitswesen wenden können, soll die Ombudsperson zudem eine «Triagestelle Gesundheitswesen» einrichten. Diese soll den Fragestellenden helfen, sich an die richtige der zahlreichen Anlaufstellen im Kanton zu wenden. Nach dem Vorbild des «Aerztefons» soll sie eine eigene Telefonnummer erhalten. Die Dienstleistung soll Patientinnen und Patienten einer medizinischen oder pflegerischen Einrichtung, deren Angehörigen oder Vertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Einrichtungen offenstehen. Die geplante Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle geht zurück auf die Motion KR-Nr. 269/2020 von Mitte, SP und GLP betreffend «Unabhängige Ombudsstelle», mit welcher die Schaffung einer zentralen, unabhängigen Ombudsstelle für Patientinnen und Patienten sowie für Mitarbeitende des Gesundheitswesens gefordert wurde. Die Kommissionsminderheit (SVP) lehnt die Einrichtung einer Triagestelle bei der Ombudsperson ab und beantragt dem Rat, nicht auf die Vorlage einzutreten.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit SVP: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

Vorstösse zu Arztpraxen, Herzklinik, Fast Lane und Kinderspital

In der verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat am Montagnachmittag Vorstössen widmen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, möchte den Regierungsrat beauftragen, die bestehenden Pilotprojekte zum Thema «Soziale Arbeit in Arztpraxen» zu evaluieren und entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten inkl. Finanzierungsvarianten innerhalb des Kantons Zürich zu prüfen ([KR-Nr. 249/2024](#)). Der Regierungsrat hat sich bereiterklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion darüber verlangt hat, wird über eine Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch hat dem Regierungsrat verschiedene Fragen zu den Folgen der Vorfälle an der Klinik für Herzchirurgie des Universitätsspitals von 2016 bis 2020 gestellt ([KR-Nr. 324/2024](#)). Mit der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates im Rat ist die Interpellation erledigt. Daniel Heierli, Kantonsrat der Grünen, fordert, dass an Zürcher Listenspitälern keine Zusatzgebühren für eine beschleunigte Behandlung von Patienten erhoben werden dürfen ([KR-Nr. 408/2024](#)). Und GLP-Kantonsrat Urs Glättli möchte den Regierungsrat ersuchen, eine Vorsorgeplanung für den Fall einer finanziellen Notlage des Kinderspitals zu erstellen ([KR-Nr. 32/2025](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56
Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 242 06 28
Daniel Heierli (Grüne, Zürich), 077 486 98 81
Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht am Montag die Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsgerichts an ([KR-Nr. 368/2025](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten. In der Nachmittagssitzung wird der Rat in Traktandum 28 zudem eine Nachwahl zweier Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 vornehmen ([6054](#)). Die JUKO beantragt einstimmig, dem Vorschlag des Regierungsrates zu folgen.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66
JUKO-Präsident: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 916 66 76

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12